

# Die misslungene Integration Elsass-Lothringens in das Deutsche Reich nach 1871 als warnendes Beispiel

Autor(en): **Roesler, Jörg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde**

Band (Jahr): **96 (1996)**

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-118377>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Die misslungene Integration Elsass-Lothringens in das Deutsche Reich nach 1871 als warnendes Beispiel

von

Jörg Roesler

## 1. Einleitung

Nachdem sich die Bevölkerung der DDR in den ersten freien Wahlen des Landes am 18. März 1990 mehrheitlich für den raschen Anschluss Ostdeutschlands an die Bundesrepublik Deutschland entschieden hatte, widersprach kaum einer, wenn Auffassungen wie die des Mannheimer Historikers, DDR-Spezialisten und ehemaligen Ostdeutschen, Hermann Weber, publiziert wurden, der feststellte, dass während der vierzig Jahre der Trennung «die stalinistischen Besonderheiten der Politik, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung von der nationalen deutschen Einstellung der meisten DDR-Bürger überlagert (waren), die auch immer eine Fixierung auf die Bundesrepublik bedeutete»<sup>1</sup>.

Eine repräsentative Umfrage unter Ostdeutschen im Auftrage des Hamburger Nachrichtenmagazins «Der Spiegel» im Jahr des Anschlusses hatte ergeben, dass die ehemaligen DDR-Bürger den Lebensstandard, das Niveau von Wissenschaft und Technik, die Schulbildung, die Berufsausbildung und die Versorgung mit Wohnungen in der BRD höher einschätzten, als das in der DDR auf diesen Gebieten Erreichte. Lediglich bei drei der neun abgefragten Themen wurde der DDR der Vorzug gegeben: bei der Gleichberechtigung der Frau, dem Schutz vor Verbrechen und der sozialen Sicherheit<sup>2</sup>.

Im Sommer 1995, fünf Jahre danach also, liess der Spiegel den ehemaligen DDR-Bürgern die gleichen Fragen vorlegen. Das Ergebnis: Nunmehr fanden die Ostdeutschen, dass die DDR der Bundesrepublik Deutschland auf sieben der zehn Gebiete überlegen gewesen sei. Dass die Bundesrepublik der bessere Staat sei, wollten sie nur noch für den Lebensstandard und für den Bereich Wissenschaft

<sup>1</sup> Hermann Weber, «Die Geschichte der DDR. Versuch einer vorläufigen Bilanz», in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 41/3 (1993), S. 200.

<sup>2</sup> «Stolz auf das eigene Leben», in: Der Spiegel 49/27 (1995).

und Technik anerkennen – aber auch hier mit reduzierten Mehrheiten<sup>3</sup>. Die Befragungsergebnisse spiegeln wider, was in den Sozialwissenschaften mit dem Wort «Vereinigungskrise»<sup>4</sup> beschrieben wird: die geringen Fortschritte beim «Abbau der Mauer in den Köpfen». Die mentale Einheit gilt heute als das grösste Problem der Herstellung der «inneren Einheit» aller Deutschen. Der «Euphorie machte grosse Niedergeschlagenheit Platz, Aufbruchstimmung schlug um in aggressive Resignation, Selbstbewusstsein verwandelte sich in nagende Zweifel», beschrieb der sozialdemokratische Politiker Thierse im Herbst 1995 die Situation der Ostdeutschen<sup>5</sup>. Und er fügte hinzu: «Auch die offenen Arme der Westdeutschen verschränkten sich wieder vor der Brust, zähneknirschendes Zahlen für die Einheit trat an Stelle der Freude über die Vereinigung»<sup>6</sup>. Eigene und anderer Zweifel am Gelingen der «inneren Einheit» unterdrückt der Politiker mit den Worten «Trotzdem: Die Entwicklung ist in vollem Gange: Es muss, es wird gutgehen ...»<sup>7</sup>. Ausserhalb der etablierten politischen Parteien werden nicht nur Zweifel, sondern schon Gewissheiten diskutiert. «Das Urteil ..., ob dieses Ereignis (der Anschluss der DDR an die BRD, J. R.) als gelungen, als vollendet zu betrachten sei, ist offenbar jeder Erfahrung entzogen: Es existiert bei jedem Urteilenden in fester Form a priori», schreibt der Molekularbiologe aus Ostberlin und Revolutionär vom Herbst 1989, Jens Reich. «Jeder nimmt sich aus den empirischen Gegebenheiten die für das vorfabrizierte Urteil passenden heraus und garniert es mit ihnen»<sup>8</sup>.

Für den Historiker, wenn er kein «vorfabriziertes Urteil» wünscht, sich aber an der Diskussion über die Zukunftschancen der Integration der neuen Länder in die Bundesrepublik Deutschland beteiligen möchte, bietet sich nur eine «zünftige» Möglichkeit, sich zu den Chancen der «inneren Vereinigung» zu äussern – durch Anwendung der historischen Komparation. Der Zweck dieses Beitrages ist es, an einem historischen Beispiel Langzeitwirkungen eines Anschlusses zu

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Vgl. Jürgen Kocka, «Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart», Göttingen 1995.

<sup>5</sup> Eine vielseitige Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Transformation in Ostdeutschland ist kürzlich in einem Schweizer Verlag erschienen: Christa Luft, «Die Lust am Eigentum. Auf den Spuren der deutschen Treuhänder», Zürich 1996.

<sup>6</sup> Wolfgang Thierse, «Fünf Jahre deutsche Vereinigung: Wirtschaft – Gesellschaft – Mentalität», in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 45/40–41 (1995), S. 3.

<sup>7</sup> Ebenda.

<sup>8</sup> Jens Reich, «Die Einheit: Gelungen und gescheitert», in: Die Zeit 50/38 (1995), S. 58.

untersuchen, die uns für den Fall der fünf neuen Länder im Osten Deutschlands zwangsläufig (noch) nicht bekannt sein können. Je grösser die Ähnlichkeiten in der Anfangsphase zwischen dem untersuchten und dem in bezug auf seine damalige Integrationskraft zu befragenden Anschluss – so die These –, desto grösser auch die Wahrscheinlichkeit, dass das Ergebnis für Ostdeutschland jenem Ergebnis angenähert sein wird, das uns aus dem historischen Vereinigungsfall bekannt ist. Das Gleiche gilt selbstverständlich auch umgekehrt.

## *2. Das Reichsland Elsass-Lothringen 1871 bis 1913*

Für Vergleichsfälle bietet gerade die moderne Geschichte Deutschlands ein günstiges Feld, hat es doch Anschlüsse (und Abtretungen) von Randgebieten in den letzten anderthalb Jahrhunderten wiederholt gegeben. Der wohl bekannteste Fall ist der Anschluss Österreichs an das «Dritte Reich» im Jahre 1938. Das Saarland ist zweimal, zuletzt 1957 wieder nach Deutschland eingegliedert worden. Den Anschluss der DDR mit dem Österreichs zu vergleichen, fällt schwer, da die Einheit «Grossdeutschlands» nur kurze Zeit währte und vom Zweiten Weltkrieg überschattet war. Langzeitwirkungen des Anschlusses liessen sich schon eher am Beispiel des Saarlands vergleichen. Aber die «Anschlussgeschichte» dieser Region ist erstaunlicherweise noch nicht aufgearbeitet. Beide Vorzüge – die Möglichkeit einer langfristigen Beobachtung und der Nachvollzug einer Integrationspolitik unter unter friedlichen Bedingungen – bietet dagegen Elsass-Lothringen zwischen 1871 und 1913.

### *2.1 Die Integrationspolitik von 1871 und ihre Verwirklichung*

Der Krieg des von Preussen geführten Norddeutschen Bundes und seiner süddeutschen Verbündeten gegen Frankreich war nicht wegen Elsass-Lothringen begonnen worden<sup>9</sup>. Wenn bei den seit dem Zusammenschluss der meisten deutschen Staaten zum Deutschen Zollverein 1834 stärker werdenden Bestrebungen, Deutschland auch politisch zu einigen, Territorialfragen eine Rolle spielten, dann die, ob die deutschsprachigen Provinzen Österreich-Ungarns in den deutschen Einheitsstaat eingeschlossen werden sollten oder

<sup>9</sup>Zu den Kriegsursachen vgl. William Carr, «The Origins of the Wars of German Unification», London 1991, S. 144ff.

nicht. An dem Ziel einer grossdeutschen Lösung (unter Einschluss Österreichs) oder einer kleindeutschen (ohne die deutschsprachigen Gebiete unter der Herrschaft der Habsburger) schieden sich lange Zeit die Geister<sup>10</sup>. Erst nachdem das französische Kaiserreich unter Napoleon III. unerwartet bei Sedan eine schwere Niederlage erlitten hatte, wurden Ansprüche Deutschlands auf Elsass-Lothringen geltend gemacht. Derartige Ansprüche hatte Preussen bereits 1815 erhoben. Sie waren jedoch unter den damaligen aussenpolitischen Bedingungen nicht realisierbar und wurden von Preussen in den folgenden Jahrzehnten auch nicht ernsthaft verfolgt. Erst seit dem Herbst 1870 gab es in den Medien eine Kampagne für die «Wiedereinverleibung» des Elsass und der deutschsprachigen Gebiete Lothringens, die von der nationalen Bewegung mit historischen Rechten<sup>11</sup>, von Bismarck und den Generälen mit der Notwendigkeit militärischer Sicherheitsmassnahmen<sup>12</sup> gegen zukünftige, von Frankreich ausgehende Aggressionsabsichten, begründet wurde<sup>13</sup>.

Darüber, ob und inwieweit die Elsass-Lothringer noch Deutsche seien bzw. sich in das zweite deutsche Kaiserreich ebenso einpassen würden, wie Badenser, Württemberger oder Bayern, herrschten unter den Deutschen unterschiedliche Auffassungen. Elsass-Lothringen hatte in den politischen Debatten der vergangenen Jahre keine Rolle gespielt. Jedermann akzeptierte, dass es Frankreich niemals von sich aus herausgeben würde, und niemand bezweifelte die militärische Stärke Frankreichs unter Napoleon III. Deshalb kamen Äusserungen deutscher Politiker und Publizisten über Elsass-Lothringen mehr im Ergebnis von touristischen Aktivitäten zustande, als aus politischem Anlass. So äussert der spätere preussische Generalstabchef und Sieger von Sedan, Moltke, als er 1856 auf der Rückreise von Paris durch das Elsass fuhr: «Es war traurig, die Leute dort

<sup>10</sup> Mary Fulbrook, «A Concise History of Germany», Cambridge 1990, S. 123ff.; Carr, «The Origins», S. 161.

<sup>11</sup> Das Gebiet von Elsass-Lothringen gehörte bis 1648 vollständig und bis 1790 teilweise zum ersten deutschen Kaiserreich. (Lorenz und Scherer, «Geschichte des Elsasses», S. 79ff.). Die Stadt Mühlhausen gehörte bis 1798 zur Schweizer Eidgenossenschaft. (F.W. Putzer, «Historischer Atlas zur Welt- und Schweizer Geschichte», Aarau 1969, S. VI f.)

<sup>12</sup> Das militärische Sicherheitsstreben hatte zur Folge, dass neben den deutschsprachigen Gebieten auch ein Abschnitt französischen Sprachgebiets um die Festung Metz annektiert wurde. Der Anteil der französischsprachigen Minderheit an der Bevölkerung des Reichslandes betrug 16,7% (1900). Im folgenden wird lediglich auf die deutschsprachige Mehrheit eingegangen.

<sup>13</sup> Helmut M. Müller, «Schlaglichter der deutschen Geschichte», Bonn 1986, S. 184; Lorenz und Scherer, «Geschichte des Elsasses», S. 207ff.

deutsch sprechen zu hören, und dabei sind sie gute Franzosen. Wir haben sie ja im Stich gelassen»<sup>14</sup>. Das Gefühl der Ohnmacht hatte auch der deutsch-national gesinnte Historiker Heinrich von Treitschke aus Dresden, der 1864 und 1865 Ausflüge über den Rhein ins Elsass unternahm, seinen «patriotischen Groll», im Ausland zu sein, nicht los wurde, aber «Wiedereroberungsgedanken» als töricht von sich gewiesen hatte; «als ob es keine Realpolitik gäbe»<sup>15</sup>. Nachdem sich im zweiten Halbjahr 1870 die aussenpolitischen Realitäten grundlegend geändert hatten, befürwortete er in seiner Schrift «Was fordern wir von Frankreich?» bedenkenlos die Angliederung Elsass-Lothringens. «Die Stunde hat geschlagen, rascher, verheissungsvoller als wir alle hofften»<sup>16</sup>.

Immerhin macht die Situation deutlich, dass Berlin, als es sich zur Annexion Elsass-Lothringens entschloss, keine fertigen Konzepte für die Behandlung des «neuen Reichslandes» aus der Schublade ziehen konnte. Es gab sie nicht. Was es aber seit Jahrzehnten gab und in der deutschen Öffentlichkeit Fuss gefasst hatte, war eine antifranzösische Ideologie, die während der Dominanz Napolens I. in Deutschland vor 1815 entstanden war und von nationalen Publizisten, studentischen Burschenschaften, Turnervereinen und Sängerbünden auch in den folgenden Jahrzehnten kultiviert wurde<sup>17</sup>. Frankreich war «der Erbfeind», seine «welsche» Kultur zu übernehmen konnte Deutschen nur schaden. Wenn Treitschke 1865 an seinen Vater über Elsass-Lothringen schrieb: «Das Land verwelscht zusehends»<sup>18</sup>, dann war das für ihn ein Alarmsignal. Napoleons III. Einmischung in die Einheitsbestrebungen Preussens und seine Kriegserklärung an Preussen hatten die antifranzösische Stimmung in Deutschland weiter angeheizt. «Man kann diese kurze Übersicht über populistisches Verhalten dahingehend zusammenfassen, dass zwischen 1867 und 1870 die anti-französische Stimmung auf der deutschen und das anti-preussische Fühlen auf der französischen Seite ein charakteristisches Merkmal der deutsch-französischen Beziehungen wurden», schreibt der britische Historiker und Kenner deutscher Geschichte William Carr. «Häufig fanden diese Animositäten in gegenseitigem Argwohn ihren Ausdruck»<sup>19</sup>. Als zwei mit der Geschichte der neuen

<sup>14</sup> Rudolf Stadelmann, «Moltke und der Staat», Krefeld 1950, S. 185.

<sup>15</sup> Zitiert nach: Fritz Bronner, «1870/71. Elsass-Lothringen. Zeitgenössische Stimmen für und wider die Eingliederung in das Deutsche Reich», Frankfurt/Main 1970, S. 47.

<sup>16</sup> Ebenda.

<sup>17</sup> Vgl. Carr, «The Wars of German Unification», S. 21ff.

<sup>18</sup> Bronner, «Elsass-Lothringen», S. 47.

<sup>19</sup> Carr, «The Wars of German Unification», S. 152.

«Reichslande» vertraute Historiker aus Berlin, die 1871 rasch ein Buch zur Geschichte des Elsass und Lothringens verfassten, um dem preussischen Leser, dem die Namen vor 1870 wohl kaum zu Ohren gekommen waren, mit Elsass-Lothringen bekannt zu machen, die unvermeidliche Frage aufwarfen: «Und was nun?», war ihre Antwort rasch zur Hand: «Die Elsässer sollen wieder deutsch gemacht» werden<sup>20</sup>. Das stellte man sich relativ unproblematisch vor. Es ginge darum, den «französischen Anstrich» abzusprengen, damit der germanische Charakter der Bevölkerung deutlich werde, glaubte Bismarck<sup>21</sup>. Zu beantworten bliebe nur noch die Frage: Wie am schnellsten und effektivsten?

An eine andere Politik, eine Politik, die die – auch von vielen deutschen Kennern Frankreichs hervorgehoben – Vorteile der französischen Verwaltung z.B. nach Deutschland einbrächte, war nicht gedacht. Friedrich Engels Überlegung, «die Deutschen müssten den Elsässern das geben können, was sie bei Frankreich besäßen, ein freies öffentliches Leben in einem grossen Staat»<sup>22</sup>, blieb völlig ausserhalb der allgemeinen Betrachtung. Unterschiedliche Auffassungen gab es lediglich über das «Wie?» der «Entwelschung».

Die u.a. von Lorenz und Scherer gestellte Frage «Wie sollen die neuen Brüder gewonnen werden, wie soll man regieren, verwalten, wie soll man schmeicheln, wie soll man strafen?»<sup>23</sup> wurde, auch ohne dass grosse Kozepte ausgearbeitet und verkündet worden waren, durch die preussisch-deutsche Verwaltungs-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik und -praxis gegenüber dem Elsass, die Gegenstand der folgenden Abschnitte ist, in ihren Konturen relativ rasch deutlich.

### 2.1.2 Die Reorganisation der Verwaltung

Die anfangs gehegte Idee, Elsass-Lothringen die Rechte eines autonomen Bundeslandes zu geben, war bald verworfen. De jure bis 1911 und de facto bis 1918 wurde das Reichsland direkt von Berlin aus regiert. Ein Statthalter vertrat den Kaiser in Strassburg. Ihm zur Seite stand ein Ministerium für Elsass-Lothringen. Es gab jedoch seit 1879 einen Landesausschuss, der Gesetze und einen Regionalhaus-

<sup>20</sup> Lorenz und Scherer, «Geschichte des Elsasses», S. 60.

<sup>21</sup> Christian Baechler, «Das Verhalten der Elsass-Lothringer im Deutschen Reich (1871-1918)», in: Franz Knipping und Ernst Wisenfeld (Hrsg.), Eine ungewöhnliche Geschichte. Deutschland-Frankreich seit 1870, Bonn 1988, S. 48.

<sup>22</sup> Zitiert nach: Bronner, «Elsass-Lothringen», S. 133.

<sup>23</sup> Lorenz und Scherer, «Geschichte des Elsasses», S. 260.

halt verabschieden konnte sowie das Initiativ- und ein Petitionsrecht besass<sup>24</sup>. Den entscheidenden Einfluss auf die Verwaltung in Elsass-Lothringen übte über die Person des Statthalters der deutsche Reichskanzler aus, der sich wenig auf den Reichstag, um so mehr aber auf Armee und Bürokratie stützte<sup>25</sup>. Vor Ort verwirklichten «altdeutsche»<sup>26</sup> Verwaltungsbeamte die Berliner Politik, da man Einheimischen die für dringlich angesehene Beseitigung der «französischen Präfektenwirtschaft» nicht zu übertragen beabsichtigte. Die eingewiesenen Beamten und ihre Familien stellten den Löwenanteil an den Deutschen, die im Laufe von vier Jahrzehnten nach Elsass-Lothringen einwanderten. Ihre Zahl belief sich nach deutschen Schätzungen auf 240 000, nach französischen auf etwa 400 000. Im Jahre 1904 bestand etwa ein Sechstel der Bevölkerung des Reichslandes aus Einwanderern oder deren Kindern<sup>27</sup>. Die Zugewanderten bevölkerten vor allem die unter der Reichsverwaltung neu und grosszügig gebauten Stadteile und Villenviertel in und um die Verwaltungszentren Strassburg, Metz und Kolmar, von denen die Metzener Neustadt oder das Viertel nördöstlich des Strassburger Kaiserplatzes die markantesten waren<sup>28</sup>. In Strassburg, dem Verwaltungssitz des Reichslandes, «schuf die Spekulation seit den 80er Jahren zuerst die Neustadt und begann dann den Umbau der Altstadt. Dass hier der Sitz der Landesverwaltung, der Reichsuniversität und eine grosse Garnison waren, belebte die öffentliche Bautätigkeit, aber auch der Handel und die Industrie bedurften zahlreiche Grosshäuser, die das enge, winkelige Strassengewirr der alten Reichsstadt durchbrachen, um aus Jungdeutschlands ökonomischer Kraft heraus etwas Neues anzubahnen», preist der deutsche Wirtschaftshistoriker Sartorius von Waltershausen noch 1920 die Modernisierung des Stadtbildes im

<sup>24</sup> Baechler, «Das Verhalten der Elsass-Lothringer», S. 48f.

<sup>25</sup> Fulbrook, «A Concise History», S. 131.

<sup>26</sup> Der Begriff wurde historisch und wird im folgenden für Deutsche, die nicht aus dem Elsass und Deutschlothringen stammen, benutzt, obwohl Elsass-Lothringen nur wenige Monate später als die rechtsrheinischen Länder Bestandteil des «Deutschen Reiches» wurde.

<sup>27</sup> Cogniot, «Eine kleine Geschichte», S. 10; Baechler, «Das Verhalten der Elsass-Lothringer», S. 51.

<sup>28</sup> Rainer Hudemann, «Grenzübergreifende Wechselwirkungen in der Urbanisierung. Fragestellungen und Forschungsprobleme», in: Stadtentwicklungen im deutsch-französisch-luxemburgischen Grenzraum (19. und 20. Jahrhundert), Saarbrücken 1991, S. 14. Die damals geschaffenen Gegensätze im Stadtbild von Strassburg sind bis heute auffällig: Wilhelminischer Bombast im Norden des Zentrums, alt-elsässer Behaglichkeit vom Münster an südwärts bis zum Viertel La Petite France am grosse Ill-Wehr.



Elsass nach deutscher Art<sup>29</sup>. Diese Art der Stadtplanung und -siedlung rief unter der alteingesessenen Bevölkerung allerdings auch feindselige Reaktionen hervor<sup>30</sup>.

Das Gros der Bewohner der neuen Viertel waren die von jenseits des Rheines gekommenen Beamten. Ihre Herrschaft charakterisierte Engels als «pedantisch-zudringliche preussische Landratswirtschaft». Gegen sie sei die «Einmischung der verrufenen französischen Präfektenwirtschaft golden» gewesen<sup>31</sup>. Der Dünkel des in das «verwelschte» Land importierten Beamtens, die die Aufgabe hatte, den Elsässern und Lothringern den «französischen Anstrich» zu nehmen, war ebenso gross wie ihre Bereitschaft gering, sich den örtlichen Gegebenheiten anzupassen und mit der einheimischen Bevölkerung zum Einvernehmen zu gelangen. «Die meisten der im «Reichsland» tätigen Beamten und zumal der Offiziere», schreibt der Historiker Fesser, «liessen jegliches Fingerspitzengefühl vermissen. Sie wollten einfach nicht akzeptieren, dass die langjährige Zugehörigkeit dieses Gebiets zu einem ganz anderen Staat und zu einer ganz anderen Kultur die Menschen Elsass-Lothringens, insbesondere die Bildungsschicht, geprägt hatte. Diese Leute meinten, auch im Reichsland müsse alles genau so gehandhabt werden, wie sie es aus dem «Altreich» gewohnt waren. Am liebsten hätten solche Bürokraten und Kommissköpfe alles ausgemerzt, was irgendwie an die frühere Zugehörigkeit Elsass-Lothringens zu Frankreich erinnerte»<sup>32</sup>. Diese Beamten handelten aus eigener Anschauung. Zusätzlich aber hatten sie die Ratschläge ihrer Vorgesetzten zur Behandlung der «Reichsländer» im Ohr: «Wir tun aber gewiss nicht gut daran, ihnen zu viel Butter aufs Brot zu tun und ihnen mit viel Liebe entgegenzukommen»<sup>33</sup>. Wer von den Einheimischen auf Fehler und Irrtümer der neuen Verwaltung hinwies, sich ihr widersetzte, war gegen das gutgeheissene Ziel der «Entwelschung» des Reichslandes. Die neue Verwaltung zögerte nicht, widerhaarige Stadträte abzulösen und deutsche Bürokraten als Bürgermeister einzusetzen<sup>34</sup>.

<sup>29</sup> A. Sartorius von Waltershausen, «Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815–1914», Jena 1920, S. 249.

<sup>30</sup> Baechler, «Das Verhalten der Elsass-Lothringer», S. 51.

<sup>31</sup> Zitiert in: Cogniot, «Eine kleine Geschichte», S. 28.

<sup>32</sup> Gert Fesser, «... ein Glück, wenn jetzt Blut fliesst!», in: Die Zeit 46/48 (1993), S. 88.

<sup>33</sup> Eintragung vom 5. Juni 1871 in Paul Bronsart von Schellendorffs «Geheimes Kriegstagebuch 1870–71», zitiert nach: Bronner, «Elsass-Lothringen», S. 407.

<sup>34</sup> Cogniot, «Eine kleine Geschichte», S. 28.

Die Politik des mangelnden Vertrauens in die Fähigkeiten der Einheimischen, die zwangsläufig die Verwaltung der reichsländischen Angelegenheiten in den Händen einer rechtsrheinischen Kaste beließ, die sich den örtlichen Begebenheiten nicht anpasste und überwiegend in gesonderten Stadtvierteln lebte – man kann sich kaum vorstellen, was weniger geeignet wäre, eine Integration der Elsass-Lothringer in das Reich zu bewirken.

### 2.1.3 Die Umgestaltung des Bildungswesens

Die in Deutschland vorherrschende Auffassung, dass das französische Bildungswesen dem deutschen generell unterlegen sei, liess den Reichsbehörden auch das vorgefundene Schulwesen in einem trüben Lichte erscheinen. Es sei Aufgabe der deutschen Regierung, den Elsass-Lothringern eine «durch die Franzosen fast völlig erstickte Welt wieder (zu) eröffnen». Die Lehranstalten der Reichslande könnten nun wieder an «das treffliche Schulwesen der Reformation, welches in den deutschen Gymnasien und Universitäten die natürliche Entwicklung erfahren» habe, anknüpfen. Die am französischen Schulwesen kritisierte «früh eintretende Dressur für bestimmte Fachwissenschaften» müsse aufhören<sup>35</sup>. Die Kritik des vorgefundene Bildungswesens wurde auch auf die Strassburger Universität bezogen. «Was die Deutschen eine Universität nennen, was noch Goethe in Strassburg zur Entwicklung seiner mannigfaltigsten Interessen und wissenschaftlichen Neigungen zu rühmen und zu benutzen wusste, fehlt heute durchaus», schrieben Lorenz und Scherer über den so von ihnen gesehenen Zustand der Strassburger Universität 1871. «Es gibt keine Lehr- und Lernfreiheit, es gibt keinen eigentlich wissenschaftlichen Unterricht, es gibt, von den protestantischen Theologen abgesehen, keine rechten Professoren. Der französische Mechanismus hat Strassburg vollständig um den Ruhm einer wahren Universität gebracht»<sup>36</sup>. Und sie beendeten ihre Beschreibung des von den Deutschen Vorgefundene mit der rhetorischen Frage: «Dürfen die Leistungen der Strassburger Professoren mit denen einer deutschen Hochschule auch nur verglichen werden?»<sup>37</sup>

Dieser deutsche Blick auf das elsass-lothringische Bildungswesen lässt bereits ahnen, dass Veränderungen im Schulbereich zu den ersten gehörten, die die deutsche Verwaltung im Reichsland vor-

<sup>35</sup> Lorenz und Scherer, «Geschichtes des Elsasses», S. 250f.

<sup>36</sup> Ebenda, S. 252.

<sup>37</sup> Ebenda.

nahm. Ihr Ziel war es, den «französischen Anstrich» abzusprengen und den Elsass-Lothringern ihr Deutschtum wieder bewusst werden zu lassen. Bevorzugter Bereich der «Entwelschung» war die Grundschule<sup>38</sup>. Aber auch bei den höheren Schulen wurde mit «welschen Traditionen» aufgeräumt. Seit dem April 1872 hatte Strassburg an Stelle der abgewickelten französischen wieder eine Universität nach deutschem Muster. Sie erhielt die Aufgabe, eine auf Deutschland ausgerichtete elsass-lothringische Elite heranzubilden. Die eingesetzten Mittel und die Qualität ihres Unterrichtes sollten aus ihr einen attraktiven Mittelpunkt und eine Bastion der deutschen Kultur im Westen machen<sup>39</sup>.

Genauso wenig wie in der Verwaltung gab es im Bildungswesen den Versuch, Vor- und Nachteile des in Elsass-Lothringen seit den 30er Jahren eingeführten französischen Schulsystems gegenüber dem preussisch-deutschen abzuwägen. Integration sollte durch Erziehung und Umerziehung entsprechend preussisch-deutschen Masstäben erreicht werden. Diesem Ziel wurde von der Verwaltung des Reichslandes von Anfang an grosse Aufmerksamkeit gewidmet, erhoffte man doch Integrationserfolge vor allem bei der Jugend, seitdem sich bereits in den 70er Jahren herausgestellt hatte, dass die Generationen, die noch unter der französischen Herrschaft erzogen worden waren, sich wohl kaum noch zu überzeugten Reichsdeutschen läutern lassen würden<sup>40</sup>.

#### 2.1.4 Die wirtschaftliche Integration

Bis 1871 gehörte Elsass-Lothringen vor allem wegen seiner Textilindustrie zu den entwickelten französischen Industriegebieten. In den elsässischen Spinnereien arbeiteten ein Viertel aller Spindeln der französischen Textilindustrie. Seine Webereien gehörten zu den modernsten Frankreichs<sup>41</sup>. Den Deutschen, die über eine jüngere und generell modernere Textilindustrie verfügten, fiel in der elssassisch-lothringischen Wirtschaft doch eher der «hergebrachte wirtschaftliche Schlendrian» auf, mit dem nach Möglichkeit aufgeräumt werden sollte<sup>42</sup>. Solche Möglichkeiten schuf indirekt die Übernahme der Wirtschaftsgesetzgebung des zweiten deutschen Kaiserreiches<sup>43</sup>.

<sup>38</sup> Baechler, «Das Verhalten der Elsass-Lothringer», S. 53.

<sup>39</sup> Ebenda, S. 54.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 51.

<sup>41</sup> Henri See, «Französische Wirtschaftsgeschichte», Jena 1936, S. 447, 449.

<sup>42</sup> Sartorius, «Deutsche Wirtschaftsgeschichte», S. 236.

<sup>43</sup> Ebenda, S. 236, 246.

Direkte Möglichkeiten existierten – ohne Eingriff in die auch den Deutschen geheiligten Eigentumsverhältnisse vornehmen zu wollen – aber nur in den zuvor im Besitz des französischen Staates und der Kommunen befindlichen Unternehmen. So gehörten fast 79% der Forsten im walddreichen Elsass-Lothringen traditionell der öffentlichen Hand. Dieser Anteil erhöhte sich bis 1918 auf 87%. Er unterstand der staatlichen Forstverwaltung, die nach 1871 «fast ganz von deutschen Beamten übernommen wurde»<sup>44</sup>. Die «Übernahme der bewährten Grundsätze des preussischen Forstwesens» erschien der Regierung des Reichslandes als der einzig mögliche Weg, «in der Ertragswirtschaft ... mit günstigen Zahlen auf(zu)warten»<sup>45</sup>.

Ähnlich streng wurde die Beseitigung des «hergebrachten wirtschaftlichen Schlendrian» im Bahnwesen betrieben. Auf die Reichseisenbahnen entfiel der grösste Teil staatlicher Investitionen. Ihre Streckenlänge erhöhte sich auf im Laufe von 40 Jahren auf das Zweieinhalbfache<sup>46</sup>.

In der Industrie erfolgte die Anlage von deutschen Geldern und die Durchsetzung deutscher Managementmethoden nicht über staatliche Unternehmen, sondern über private deutsche Neugründungen, die vor allem in Lothringen «auf der grünen Wiese» entstanden. Ursache waren die dort lagernden phosphorreichen Minette-Eisenerze, die erst seit Ende der 70er Jahre dank der Entwicklung des in Grossbritannien erfundenen Thomas-Verfahrens in grösserem Massstabe industriell verwertbar gemacht werden konnten. Bald nach dem Anschluss Lothringens hatten sich – ungeachtet der einsetzenden Gründerkrise<sup>47</sup> – «die grossen Hüttenbesitzer des Saargebietes und andere deutsche Aktiengesellschaften» Konzessionen der lothringischen Minetteerze gesichert. Zwischen 1874 und 1878 wurden an sie gegen 100 Konzessionen vergeben. Vom einheimischen lothringischen Kapital konnte nur die in schwerindustriellen Unternehmungen engagierte Familie de Wendel sich in nennenswertem Umfang an der Aufteilung der Eisenerzlagerstätten beteiligen. Fingen die deutschen Unternehmen damit an, «das lothringische Roheisen in ihre heimatlichen Werke (zu) leiten, so sah man bald ein, dass es sich mehr rechnete, die Hochöfen in Lothringen statt in Westfalen anzublasen. Ab 1895 entstehen in Lothringen neue Stahlwerke. Dem Export des Kapitals folgt der

<sup>44</sup> Ebenda, S. 247.

<sup>45</sup> Ebenda.

<sup>46</sup> Ebenda, S. 248.

<sup>47</sup> Vgl. Fulbrook, «A Concise History», S. 132f.

Export der wirtschaftlichen Organisation. ... Die jenseits des Rheins erprobte Kartellform wird nach Lothringen verpflanzt und weiterhin schliessen sich dortige grosse Werke dem Stahlwerkverband an», heisst es bei Sartorius<sup>48</sup>. Über das Schicksal der lothringische Schwerindustrie wurde an Rhein und Ruhr entschieden. «Erzbesitz, Erzqualität, technischer Fortschritt, Transportverhältnisse: Diese Faktoren ... spielten die ausschlaggebende Rolle im Kalkül rheinisch-westfälischer Schwerindustrieller, wenn die Entscheidung über den Standort neuer Hüttenwerke zu treffen war. Richtete sich die Expansion auf Massenstahlprodukte und suchte das Unternehmen seinen Erzbedarf zu weiten Teilen mit Minette zu decken, fiel diese Entscheidung nach der Jahrhundertwende meist zugunsten Lothringens aus», heisst es bei Markus Nievelstein<sup>49</sup>.

Das Elsass besass an Bodenschätzen Petroleumquellen und Kalivorkommen. Sie gerieten ebenfalls rasch in die Hände von «Altdeutschen». Auch hier richteten sich Tempo und Umfang der Erschliessung nach den Bedürfnissen der Unternehmen von jenseits des Rheines, was schon durch die Eingliederung des sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts im Oberelsass entwickelnden Kalibergbaus in das deutsche Kalisyndikat erreicht wurde, das Förderquoten vergab, mit denen gesichert war, dass im Elsass keine Konkurrenz zu den mitteldeutschen Gruben aufkommen konnte<sup>50</sup>. Das Konkurrenzmotiv spielte auch bei anderen Investitionsentscheidungen mit und wurde in der Regel zugunsten des Altreichs entschieden. So wurde der Rhein nur bis zur Höhe von Mannheim reguliert, das den oberen Endpunkt der Schifffahrt bilden sollte. Auf diese Weise zahlten die elsässischen Industriellen viel höhere Transportkosten als ihre Konkurrenten in der Pfalz und im nördlichen Baden. Der Ausbau des Strassburger Hafens wurde einzig mit städtischen Mitteln unternommen<sup>51</sup>. Investitionen aus Fonds, die regional aufgebracht wurden, blieben aber die Ausnahme.

<sup>48</sup> Sartorius, «Deutsche Wirtschaftsgeschichte», S. 242; Zur Rolle der Kartelle in der deutschen Wirtschaft im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts vgl. Hans Mottek, Walter Becker und Alfred Schröter, «Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriss», Bd. III, Berlin 1974, S. 68ff.; Dieter Baudis und Helga Nussbaum, «Wirtschaft und Staat in Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19», S. 75ff.

<sup>49</sup> Markus Nievelstein, «Lothringen im Kalkül der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie vor dem Ersten Weltkrieg», in: Werner Plumpe und Christian Kleinschmidt (Hrsg.), Unternehmen zwischen Markt und Macht, Essen 1992, S. 27.

<sup>50</sup> Jean Tricart, «Lage und Aussichten der elsässischen Wirtschaft», in: Das Elsass, S. 52; Sartorius, «Deutsche Wirtschaftsgeschichte», S. 242ff.

<sup>51</sup> Tricart, «Lage und Aussichten», S. 53.

Das Konkurrenzmotiv bestimmte auch andere Entscheidungen zugunsten von Standorten im Altreich. Wenn Elsass-Lothringer Unternehmer die industrielle Entwicklung ihrer Region kaum beeinflussen konnten, dann lag das im wesentlichen daran, dass ihnen das dazu benötigte Kapital fehlte. Traditionell war in der Textilindustrie akkumuliert worden. Das änderte sich aber bald nach dem Anschluss. Zwar hatten Vertreter der elsässischen Textilindustriellen bereits im Februar 1871 ihren Frieden mit Bismarck gemacht, indem sie – als sich die Annexion als unvermeidbar erwies – ihr Interesse an wirtschaftlichen Übergangsregelungen bekundet hatten<sup>52</sup>. So sollte vor allem das traditionelle Absatzgebiet der elsässischen Textilindustrie in Frankreich für einige Zeit zugänglich bleiben. Aber die Übergangsregelung, die Elsass-Lothringen vorübergehend im französischen Zollgebiet beließ, galt nur vom Oktober 1871 bis zum Dezember 1872. Danach war der Export nach Frankreich, das seinen Markt durch einen Schutzzolltarif abschloss, für elsässische Textilien stark erschwert. Das traditionelle Hauptabsatzgebiet ging grösstenteils verloren<sup>53</sup>. Die Eroberung neuer Märkte in dem seit 1834 bereits eine wirtschaftliche Einheit bildenden Deutschland<sup>54</sup> war unter den Bedingungen des nur Monate darauf ausbrechenden Gründerkrachs, der die langanhaltenden Gründerkrise einleitete, nur schwer möglich. «Das hatte den Nachteil der jahrelangen Überproduktion», schrieb Sartorius, «unter der die Elsässer Kapitalverluste hatten, und zugleich viele Arbeiter unter Senkung der Löhne ihrer gelernten Fähigkeiten entkleidet wurden»<sup>55</sup>. Dabei hätte es nicht allzu grosser Anstrengungen Berlins bedurft, um die Misere in der elsässischen Textilindustrie zu verhindern. «Hätten man damals für feine Garne einen ausreichend hohen, gestaffelten Zolltarif eingeführt», schreibt Sartorius, «so würde die Krisis im Oberelsass vermieden worden sein und Deutschland sich unter der binnenländischen Arbeitsteilung von der englischen Einfuhr grösstenteils befreit haben»<sup>56</sup>. Die Bismarcksche Zollpolitik vollzog diesen Schritt aber erst 1879, als der Schutzzoll im Interesse der Grossagrarier und der Industriellen an Rhein und Ruhr lag. Aber für das Elsass war «der günstige Zeitpunkt ... inzwischen verpasst worden». Im Unterelsass

<sup>52</sup> Sartorius, «Deutsche Wirtschaftsgeschichte», S. 26.

<sup>53</sup> Baechler, «Das Verhalten der Elsass-Lothringer», S. 50f.

<sup>54</sup> Vgl. Fulbook, «A Concise History», S. 114f.

<sup>55</sup> Sartorius, «Deutsche Wirtschaftsgeschichte», S. 238.

<sup>56</sup> Ebenda.

blieb nur «ein Rest der Feingarnspinnerei erhalten»<sup>57</sup>. Die Zahl der Spindeln stagnierte zwischen 1869 und 1900. Gemessen an der Anzahl der Beschäftigten ging im Deutschen Reich der Anteil der elsässischen Spinnereien von 35% 1871 auf 14% im Jahre 1907 zurück. Auch in der Weberei verlor das Reichsland Anteile<sup>58</sup>. Sartorius, hier ganz Vertreter der deutschen Vorurteile gegenüber den «verwelschten» Elsässern, führt diesen relativen Rückgang nicht auf die grobe Vernachlässigung der Interessen von reichsländischen im Vergleich zu den altdeutschen Industriellen zurück, sondern auf einen Hang der Elsässer Industriellen zum Althergebrachten, geringere Neigung zu Innovationen, und auf andere mentale Unterschiede zum deutschen Unternehmertum. Er führte als Indikatoren die «nach Frankreich gerichtete Lebenskultur» an, wies darauf hin, dass die Geschäftsführer «ihren Abnehmern in Altdeutschland nicht immer das nötige Entgegenkommen erwiesen hätten, wenn sie z. B. bei der französischen Korrespondenz beharrten» und warf ihnen vor, «dass man keine Altdeutschen als technische Betriebsleiter anzustellen Neigung hatte, sondern vorwiegend Elsässer und Schweizer wählte ... So blieb die persönliche Übermittlung des Neuesten und Besten (aus Deutschland, J.R.) nicht immer gewahrt, und die Betriebe bewegten sich länger im Hergebrachten, als in der Zeit des allgemeinen Fortschritts erwünscht ...»<sup>59</sup>.

Was Sartorius übersah, war, dass es eine langandauernde Tradition der elsässischen Textilindustriellen war, auf Qualitätsproduktion zu setzen. Sie legten Wert darauf, «ihre» Arbeiter zu integrieren, auf sie zu hören, Sozialprojekte zu realisieren<sup>60</sup>. Offensichtlich fürchteten die Fabrikanten in Kolmar, Mühlhausen und anderswo im Elsass, das so entstandene für das Geschäft günstige Betriebsklima in ihren Fabriken mit den Import von Leitungspersonal von jenseits des Rheines, wo damals der Herr im Hause-Standpunkt fast uneingeschränkt galt<sup>61</sup>, zu zerstören, und verzichteten deshalb lieber auf den leichteren Zugang zum technischen Fortschritt in ihrer Branche.

Fakt ist, dass sich das elsässische Kapital an der Erschliessung der seit der Mitte der 90er Jahre wieder rascher wachsenden und immer stärker ins übrige Deutschland integrierenden elsass-lothringischen

<sup>57</sup> Ebenda.

<sup>58</sup> Ebenda, S. 239.

<sup>59</sup> Ebenda, S. 240.

<sup>60</sup> Vgl. Yves Schwartz, «Experience et connaissance du travail», Paris 1988, S. 907ff.

<sup>61</sup> Vgl. Jürgen John, «Autoritäre und konstitutionelle Fabriken im Deutschen Kaiserreich», in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 35/7 (1987).

Wirtschaft nur in bescheidenem Masse beteiligen konnte und die wirtschaftlichen Entscheidungen immer ausgeprägter in den ostrheinischen Zentren der das gesamte Deutsche Reich umspannender Kartelle und Syndikate fielen, in denen Industrielle aus Elsass-Lothringen keine Rolle spielten.

## *2.2 Reaktionen der Einheimischen auf die Integrationsbestrebungen*

So wenig der Anschluss an Deutschland von der Bevölkerung des Elsass und Lothringens auch herbeigesehnt worden war, so wenig sollte doch die anfängliche Bereitschaft der Eliten zur Verständigung mit den neuen Herren unterschätzt werden. Die Notablen, aber auch die elsässischen Industriellen und der katholische Klerus, suchten zunächst mit Berlin zu einem Übereinkommen zu gelangen<sup>62</sup>. Allein die auf die buchstabengetreue Durchsetzung preussisch-deutscher Vorschriften<sup>63</sup> bedachte, die regionalen wirtschaftlichen Interessen ignorierende Verwaltung des Landes durch den Statthalter Berlins in Strassburg und die egoistische Durchsetzung der Interessen altdeutschen Unternehmertums im Reichsland machten eine Zusammenarbeit der Eliten kaum möglich. Wesentliche Teile der geistigen Elite – die Leiter der französisch ausgerichteten Gymnasien, aber auch von Grundschulen, die wissenschaftlichen Angestellten der alten («französischen») Universität Strassburg – wurden ebenso wie zahlreiche Bürgermeister aus ihren Positionen verdrängt und durch Deutsche ersetzt.

Der allgemeine Verdruss über die als Besetzung empfundene Herrschaft der rechtsrheinischen Deutschen fand seinen ersten Ausdruck im Ergebnis der 1871er Kommunalwahlen in Mülhausen, dem oberelsässischen Textilzentrum, als 80 Prozent der Wähler nicht zur Wahl erschienen<sup>64</sup>. Von den Reichstagswahlen 1871 noch ausgeschlossen, durften die Elsässer und Lothringer erstmals 1874 ihre Kandidaten in den Reichstag schicken. Die 15 Abgeordneten aus Elsass-Lothringen schlossen sich nicht den grossen Parteien des Deutschen Reiches an, sondern bildeten eine eigene Fraktion, deren erstes Auftreten in der Forderung gipfelte, nicht länger wie eine

<sup>62</sup> Baechler, «Das Verhalten der Elsass-Lothringer», S. 50.

<sup>63</sup> U.a. wurde auch der sogenannte Kulturkampf, der aus rein innerdeutschen Gründen zwischen Bismarck und der katholischen Kirche ausbrach, auf das Reichsland, das eine zu drei Vierteln katholische Bevölkerung hatte, übertragen (vgl. Fulbrook, «A Concise History», S. 132f.; Cogniot, «Eine kleine Geschichte», S. 27).

<sup>64</sup> Cogniot, «Eine kleine Geschichte», S. 28.



preussische Provinz behandelt zu werden<sup>65</sup>. Allerdings verfügten die «Protestler», wie sie seitdem genannt wurden, nur über knapp 4% aller Abgeordnetensitze. Sie konnten so real nichts bewegen, abgesehen davon, dass Kanzler Bismarck nicht dem Reichstag, sondern dem Kaiser gegenüber verantwortlich war<sup>66</sup>.

Ein grösseres Gewicht als die Abstimmungen im Reichstag für die Beurteilung der Lage in Elsass-Lothringen hatte die Abstimmung mit den Füßen, d.h. die Emigration der Elsässer und Lothringer nach Frankreich. Nach deutschen Statistiken sind zwischen 1871 und 1910 insgesamt 462 000 Personen ausgewandert<sup>67</sup>, nach französischen Angaben waren es – bei einer Bevölkerung von 1,6 Millionen (1871) bis 1,9 Millionen (1910)<sup>68</sup> – rund 500 000: Arbeiter, Intellektuelle, Beamte, Kleinbürger<sup>69</sup>. «Oft waren es die tüchtigsten, unternehmenden Köpfe, die das Land verlor», bedauert Sartorius. «Die andauernde (negative, J.R.) Auslese konnte auf die Zurückbleibenden nicht ohne Einfluss bleiben, so dass die Tatsache, dass die eingeborenen Reichsländer verhältnismässig wenig ökonomisches und technisches Talent hervorgebracht haben, von hier aus begreiflich gemacht werden kann», urteilte Sartorius<sup>70</sup>.

Der von der Regierung in Berlin mit allen Mitteln betriebene bewusstseinsmässige Integration der Reichsländer nach Deutschland schien man dann doch näher zu kommen, als die ältere Generation, deren entscheidenden Lebensjahre noch durch das französische Kaiserreich geprägt worden waren, allmählich aus dem Berufsleben ausschieden. Dieser Prozess begann in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Er wirkte zusammen mit einigen anderen, eine Integration Elsass-Lothringens ins Deutsche Reich begünstigenden Faktoren: Mitte der 90er Jahre setzte nach Gründerkrise und einer fast 20 Jahre dauernden wirtschaftlichen Flaute in Deutschland und weltweit eine langfristige Konjunktur ein, von der auch Elsass-Lothringen, das bis dahin mehr als andere Teile Deutschlands von der ökonomischen

<sup>65</sup> Manfred Görtemaker, «Deutschland im 19. Jahrhundert. Entwicklungslinien», Bonn 1989, S. 267; Baechler, «Das Verhalten der Elsass-Lothringer», S. 29; Cogniot, «Eine kleine Geschichte», S. 27.

<sup>66</sup> Über die Stellung des Reichskanzlers Bismarck vgl. Ernst Engelberg, «Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas», Berlin 1990, S. 50ff. Über Bismarcks Verhältnis zu den Parteien vgl. Geoff Eley, «Bismarckian Germany», in: Gordon Martel, *Modern Germany Reconsidered, 1870–1945*, London 1992, S. 18f.

<sup>67</sup> Vgl. «Nachrichten des Statistischen Landesamtes für Elsass-Lothringen», Strassburg 1910, S. 153ff.

<sup>68</sup> Vgl. «Deutsche Wirtschaftskunde», S. 1.

<sup>69</sup> Gauthier Heumann, «Die Sprachen- und Kulturfrage im Elsass», in: *Das Elsass*, S. 101.

<sup>70</sup> Sartorius, «Deutsche Wirtschaftsgeschichte», S. 237.

Stockung betroffen war, profitierte<sup>71</sup>. Hatte «die politische Abneigung der Elsässer gegen das Deutschtum» aus der Ruinierung der oberelsässischen Textilindustrie im Gefolge des Anschlusses an Deutschland und an der Gründerkrise «Nahrung gezogen»<sup>72</sup>, so war von der Konjunktur der lothringischen Schwerindustrie eine prodeutsche Bewusstseinsveränderung der Reichsländer zu erwarten. Weiterhin kam es seit dem Scheitern des Boulangismus (1881–1889) und nach der Dreyfuss-Affäre (1884–1899) zu einer Schwächung des Revanche-Nationalismus in Frankreich, für den die Wiedergewinnung von Elsass-Lothringen und die Unterstützung der dortigen Unzufriedenen eine besondere Rolle gespielt hatte<sup>73</sup>. Wenn die Elsässer und Lothringer trotz der veränderten Bedingungen in den folgenden zwei Jahrzehnten nicht zu überzeugten Reichsdeutschen wurden, dann war das vor allem darauf zurückzuführen, dass die seit 1871 aufgebauten ökonomischen und sozialen Strukturen, die die Elsass-Lothringer aller Klassen und Schichten gegenüber den «Altdeutschen» zu Benachteiligten machten, nicht ausser Kraft gesetzt wurden, sich vielmehr selbst reproduzierten und verstärkten. Die Benachteiligung traf auch all jene Elsässer und Lothringer, die die französische Verwaltung überhaupt nicht mehr kennengelernt hatten, und die folglich auch keine nostalgischen Gefühle für die Zeit vor 1871 hegen konnten.

Seit der Mitte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts stieg die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung wieder deutlich an. Die Zahl derjenigen, die nicht die traditionellen Reichsparteien, sondern die auf grössere Autonomierechte orientierten «Elsass-Lothringer» wählte, stieg, nachdem sie in den 90er Jahren stark zurückgegangen war, zwischen 1907 und 1912 wieder steil an<sup>74</sup>. Der 1911 nach vier Jahrzehnten «Bewährungszeit» den Elsass-Lothringern endlich gewährte Status eines deutschen Bundesstaates wurde nun von vielen Elsass-Lothringern als unzureichend empfunden. Alle sieben elsass-lothringischen Abgeordneten stimmten dagegen<sup>75</sup>.

Die in Elsass-Lothringen angesiedelten Beamten und stationierten Militärs von östlich des Rheines reagierten auf diese Zeichen misslungener Integrationspolitik zunehmend nervös. Es kam zu einer Reihe von «Vorfällen», die sich nur aus einer gespannten Lage erklären lassen und von denen hier als markantestem Beispiel auf die

<sup>71</sup> Görtemaker, «Deutschland im 19. Jahrhundert», S. 175ff.

<sup>72</sup> Sartorius, «Deutsche Wirtschaftsgeschichte», S. 238.

<sup>73</sup> Heinz Köller und Bernhard Töpfer, «Frankreich. Ein historischer Abriss», Teil 2, Berlin 1980, S. 222ff., 230ff.; Baechler, «Das Verhalten der Elsass-Lothringer», S. 51

<sup>74</sup> Görtemaker, «Deutschland im 19. Jahrhundert», S. 267.

<sup>75</sup> Bronner, «Elsass-Lothringen», S. 32.

«Zabern-Affäre» eingegangen werden soll, weil an ihrem Ausgangspunkt junge Elsässer eine Rolle spielten, die als Reichsangehörige in einer Zeit, als die wirtschaftliche Not das Elsass verlassen hatte, aufgewachsen waren, das Schulsystem durchlaufen hatten und auch gerade dabei waren ihren Dienst im deutschen Heer, der «Schule der Nation», zu absolvieren.

In Zabern, einer kleinen Garnisonsstadt<sup>76</sup> in Unterelsass, hatte der Leutnant Freiherr von Forstner in einer Instruktionsstunde einen der Rekruten «Wackes» genannt. Mit «Wackes» bezeichneten die Elsässer gewöhnlich einen nichtsnutzigen Spitzbuben. Für viele Deutsche von jenseits des Rheines war es die abfällige Bezeichnung für die Elsässer schlechthin. Die schnoddrige Bemerkung des Leutnants wurde an die Öffentlichkeit getragen. Die Bevölkerung, nicht nur in Zabern, sondern auch in anderen Teilen des Elsass, fühlte sich beleidigt. Man sprach sogar von einem gewollten öffentlichen Affront. In der Folge kam es fast einen Monat lang zu Protesten, Beschimpfungen und Tätlichkeiten der Bevölkerung von Zabern gegen das deutsche Militär. Der Schlossplatz, Hauptort der Aufläufe der wütenden Zaberner, wurde schliesslich mit Militär geräumt, wobei es zu Massenverhaftungen kam. Aus dem Fehlgriff eines Leutnants während einer Instruktionsstunde innerhalb der Garnisonsmauern von Zabern war ein Fall geworden, der nicht nur die deutsche, sondern auch die Öffentlichkeit des Auslands beschäftigte und sogar vor den Reichstag kam. Die «einfühlsamen» Reaktionen des Militärs und der Beamtschaft im Elsass und schliesslich auch die Rechtfertigung des Verhaltens des Militärs durch Reichskanzler von Bethman-Hollweg («Der Rock des Königs muss unter allen Umständen respektiert werden») brachten die elsässische Volksseele zum Kochen. Für die Bewohner des Reichslandes hatte sich bestätigt, was viele nun meinten eigentlich schon immer gewusst zu haben: Diese Regierung ist nicht unsere Regierung, sie vertritt nicht unsere Anliegen. Da half es auch nichts, dass die Regierung in Strassburg schliesslich zum Rücktritt gezwungen wurde und der Deutsche Reichstag einen Missbilligungsbeschluss fasste<sup>77</sup>. Die Chancen für eine Integration des 42 Jahre zuvor angeschlossenen Elsass-Lothringen in das Deutsche Reich waren endgültig verspielt.

<sup>76</sup> Zu den Details vgl. Fesser, «Ein Glück, wenn jetzt Blut fliesst», S. 88.

<sup>77</sup> Der deutsche Reichstag sprach dem Reichskanzler wegen seiner Unterstützung einer verfehlten Elsass-Lothringen-Politik mit 293 zu 54 Stimmen seine Missbilligung aus. Vor dem Rücktritt rettete den Kanzler nur die Reichsverfassung, die den Reichskanzler nur vom Vertrauen des Kaisers abhängig machte (Fesser, «Ein Glück, wenn jetzt Blut fliesst», S. 88; Bronner, «Elsass-Lothringen», S. 398f.; Görtemaker, «Deutschland im 19. Jahrhundert», S. 381ff.)

### 3. Schluss

Die Geschichte des Anschlusses und der fehlgeschlagenen Integration der Bevölkerung des Reichslandes Elsass-Lothringen enthält zwei Lehren, die im Falle der in Schwierigkeiten geratenen Herstellung der «inneren Einheit» der alten westdeutschen und der fünf ostdeutschen «neuen Bundesländer» beherzigt werden sollten:

Erstens: Es ist ein Trugschluss, die noch unter dem alten Regime erzogenen Generationen einfach abzuschreiben und auf die jüngeren zu setzen, anstatt die Zweckmässigkeit der eigenen Integrationspolitik zu hinterfragen und notwendige Änderungen vorzunehmen.

Zweitens: Einbindung der angeschlossenen Region in die Ökonomie des Hauptteiles des Landes, die Übertragung der juristischen Ordnung, der Bildungseinrichtungen und der administrativen Verwaltungsstrukturen allein ist nicht gleichbedeutend mit der Integration der Einwohner der Region in das Hauptland. Im Gegenteil: Zuviel «Gleichschaltung» unter bewusster Ignorierung der kulturellen Besonderheiten und der Vergangenheit kann Ressentiments hervorrufen und den geistigen Integrationsprozess verzögern oder sogar gänzlich aufhalten.

Diese Lehren zu beherzigen statt Durchhalteparolen vom Typ «Es muss, es wird gutgehen» zu verbreiten, stünde der westdeutschen Integrationspolitik gegenüber den neuen Bundesländern wohl an.

*Prof. Dr. Jörg Roesler  
Mellenseestrasse 5  
D-10310 Berlin*